

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erstellungen nehmen die Anzeigen
nach der Nummer der Postenstellen
an. — Entgelt monatlich.
Preis pro Anzeiger Nr. 33.

Einzelhefte: 10 Pfennige
Bestellungen für Einzelhefte aus dem
Ausland: 20 Pfennige, aus
dem Ausland: 25 Pfennige,
Kontingentshefte 40 Pfennige,
sonstige 50 Pfennige.

Telegraphische Anzeiger: 10 Pfennige. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 3

Freitag, den 4. Januar 1924

19. Jahrgang

„Morgenröte der Versöhnung“.

Eine Interpretation der Millerandschen Neujahrsworte.

Der „Matin“ veröffentlicht einen Artikel seines politischen Redakteurs Sauerwein, der, wie man weiß, von amtlicher Seite informiert zu werden pflegt. Dieser Artikel erklart zunächst an die Worte Millerands beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps: „Es scheint, daß man die Worgenröte der Versöhnung und des endgültigen Friedens bald wird begreifen dürfen.“ Sauerwein erklärt, er habe Wert darauf gelegt, sich genau zu informieren, um diesen Worten eine sichere Auslegung geben zu können, und sagt dann:

Die ganze französische Politik hat, seitdem Millerand im Jahre 1920 vor der Kammer den Wunsch äußerte, Frankreich und Deutschland so schnell wie möglich die normalen wirtschaftlichen Beziehungen wieder anzunehmen, ohne die ein erblicher Feind nicht möglich ist, sich wahrhaft erwehrt. Für die Wiederaufnahme dieser Beziehungen sollte Millerand nur eine Bedingung aufstellen, nämlich daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Die Regierung Millerands und ihre Nachfolger sind dieser Politik treu geblieben.

Das Jahr 1923 hat die Ruhrbesetzung gebracht. Hätte Deutschland nicht Milliarden ausgegeben um den passiven Widerstand zu unterhalten, der zu nichts führen konnte, hätte es aufrichtig mit uns Mittel gesucht, Zahlungen aus der Ruhr zu erhalten, dann hätten weder Deutschland noch Frankreich, das wir heute sehen. Aber die Besetzung entsprach einer so richtigen Auffassung, daß trotz dieses absurden und schädlichen Widerstandes sie doch wenigstens einen Erfolg gehabt hat, den man nicht hoch genug einschätzen kann: Sie setzte uns mit dem 1. Januar 1924 in die Lage, in der man am 1. Januar 1923 hätte sein können und müssen, wenn Deutschland Vernunft angenommen hätte. Deutschland hat ein Jahr gebraucht, um zu begreifen, aber vielleicht ist man berechtigt, zu glauben, daß diese harte Erfahrung auch so zum Weltfrieden führen wird. Der passive Widerstand ist vorbei. Die Abkommen mit den Subjektiven folgten einander. Bedeutende Abkommen sind in Vorbereitung.

Nochmals hat Deutschland jetzt das Wort! Man muß hoffen, daß die Zeiten, die wir geschildert haben, nicht wiederkehren werden und Deutschland nicht aufs neue in die Fere gehen wird. Jedenfalls ist es natürlich und zweifellos richtig, daß Frankreich nach dem Mißlingen gegenüber der deutschen Kapitalisation klar ausgesprochen hat, daß es seinerseits keine Auffassung nicht geändert hat, und was es als unumgängliche Bedingung für die allgemeine wirtschaftliche Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen den beiden Völkern ansieht. Es ist durchaus bereit, hieran zu arbeiten.

Es ist nutzlos, wenn die Franzosen in dieser verlogenen Weise versuchen, uns zu zuzureden. Wir wissen das nur zu genau, was dahinter steht. Wir sollen keinen Widerstand leisten, wenn Poincaré Deutschland für seine wirtschaftlichen und politischen Zwecke benötigt. Und wenn von „avancierteren Beziehungen“ die Rede ist, so bedarf es keines Beweises, daß ein Franzose von heute darunter nichts anderes versteht als die bedingungslose Unterwerfung Deutschlands unter den französischen Nachwillen.

Berkehrswiederaufnahme.

Die „Ainische Weltzeitung“ berichtet: Nach einer Unterbrechung von 11 Monaten ist der Verkehr über Offenburg jetzt wieder aufgenommen und die direkte Verbindung zwischen Frankfurt a. M. und Basel wieder hergestellt worden. Eine Begehung für die Durchreise durch das besetzte Gebiet ist nicht notwendig, nur der Aufenthalt in dem besetzten Gebiet wird von einer Einreisegenehmigung abhängig gemacht. Nachdem der durchgehende Personenverkehr über Rehl-Strasbourg wieder aufgenommen worden ist, wurde auch der Personenverkehr über Raast-Winterdorf freigegeben, so daß jetzt der Personenverkehr über sämtliche baltisch-europäische Grenzübergänge wieder im Gange ist. Für die Durchreise nach dem Elbe ist jedoch die für Frankreich allgemein verlangte Zureisegenehmigung notwendig.

Der Inhalt der französischen Antwort.

Das „Petit Journal“ glaubt einige Angaben über den Inhalt der französischen Antwort machen zu können, deren Quelle jedoch nicht ermittelbar ist. Das Blatt meint, man könne es als sicher annehmen, daß die französische Regierung darauf hinwirken werde, daß in gewissen Punkten, zum Beispiel in der Festlegung der Einwohnern in besetzten Gebieten, im vornehmlich dem Wünsche Deutschlands Rechnung zu tragen sei, wenigstens in dem Maße, in dem es die augenblicklichen Ansprüche gestattet, ihnen nachzukommen. Was die Gesamtheit der deutschen Forderungen angeht, so werde dargelegt werden, warum man ihnen nicht nachkommen könne, ohne die „bekannten Prinzipien der französischen Politik bezüglich der Ausführung des Friedensvertrags“ in Frage zu stellen.

Dr. Schacht in London.

Aus London liegt die Nachricht vor, wonach der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit den führenden Persönlichkeiten der Bank von England und der City am Mittwoch Unterredungen gehabt hat, die auf eine Teilnahme englischen Kapitals an der von Dr. Schacht vorgeschlagenen Goldnotenbank hinauslaufen. Die aus London vorliegenden Meldungen besagen, daß die englischen Finanzkreise für die gleichzeitige angeschlossene Frage einer Beteiligung am Lebensmittelfeld dank der Zurückhaltung der Reparationskommission kein größeres Interesse zeigen, daß aber andererseits sowohl die Ausführungen Schachts über die bisher durchgeführten Währungsmaßnahmen das größte Interesse fanden und gleichzeitig damit die Frage einer

Beteiligung englischen Kapitals an der kommenden Goldnotenbank als durchaus diskutabel bezeichnet wurde. Dr. Schacht habe schon vor seiner Abreise aus Berlin sein Hehl daraus gemacht, daß er seinen Besuchen bei den Präsidenten der ausländischen Notenbanken nicht nur formalen Charakter beilegen wolle, sondern alles dazu tun werde, um die bisher so ähnelnde verlaufene Währungsreform zum endgültigen Ziel einer internationalen Goldnotenbank auf beschleunigtem Wege durch Hinzuziehung ausländischen Kapitals zu bringen. Dieses Bestreben Dr. Schachts ist in den letzten Wochen auch scheinbar dadurch verstärkt worden, daß vom Ausland Nachrichten vorliegen, die das Verhalten über die Fernleitung der Rentenmark innerhalb der deutschen Grenzen kühnen. So oder anders muß deshalb ein Weg gefunden werden, um eine wiederum international verwendbare deutsche Goldwährung zu schaffen.

Pressestimmen.

Der Verkauf des Organs der Arbeiterpartei erklärt, die Streichung der französischen Schulden durch die Arbeiterregierung sei unmöglich, solange Frankreich fortfähre in der Paiz und im Rheinland nicht nur die Beiträge, sondern auch die Gebote der Menschlichkeit zu verletzen. Schacht sei mit seinem Londoner Besuch zufrieden. Die „Daily News“ können kaum bezweifeln, daß das nötige Kapital für die ihm vorschwebende Goldmarkkreditbank in London erhältlich wäre. Die „Daily Mail“ befreit erneut die Notwendigkeit des deutschen Lebensmittelfelds und zitiert durch eine Reporter Tepeche Maximilian Harden als Zeugen, der im „American Hebrew“ sagt, Deutschland sei buchstäblich vollgestopft und nur Grundbesitzer und Bauern hätten die künstliche Hungersnot verurteilt. — Wenn Maximilian Harden eine solche Meinung wirklich getan hat, so ist das eine recht bedauerliche Hebertreibung, die das ganze Reich schwer schädigen muß.

Dr. Schacht gegen jede neue Inflation.

„Daily Chronicle“ meldet: Der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in einer Unterredung mit Sir Robert Home, der nach Amerika abreist, erklärt:

Solange ich Reichsbankpräsident bin, wird keine einzige Banknote mehr ohne Deckung gedruckt. Es ist Torheit, von einer kommenden notwendigen zweiten Inflation in Deutschland zu sprechen. Es gibt keine Inflation mehr, auch nicht für dringende staatliche Ausgaben. Ich habe schon 1919 erklärt, daß Banknotendruck ohne Metalldeckung gegen internationale Gesetze und Vertrauen verstößt. Das Geld in Deutschland wird noch groß bleiben, denn es können auch die berechtigtesten Ansprüche der Beamten usw. nur so weit befriedigt werden, als Mittel vorhanden sind; aber ungedeckte Banknoten werden nicht wieder gedruckt.

Diese Erklärungen Schachts hätten nach eigenen Mitteilungen Sir Hornes in der konservativen City-Organisation ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die Stimmung dort sei so, daß damit Deutschland wieder in die Reihe der kreditwürdigen Staaten eingetreten beginne.

Offnungen.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ erklärte der Bankier Robinson vor seiner Abreise nach Europa, die amerikanischen Mitglieder der Sachverständigenausschüsse für die Reparationskommission hofften, daß ihre Tätigkeit zur Klärung einiger europäischer Fragen beitragen und einige Wunden des Krieges heilen werde.

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Am 24. Dezember 1923 hat der polnische Gesandte in Berlin im Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der Beschwerde geführt wird über die von dem mecklenburgischen Innenministerium angeordnete Durchführung des Rückkehrzwanges gegen die ausländischen Wanderarbeiter in Mecklenburg. Da dadurch zahlreiche polnische Staatsangehörige gezwungen worden seien, ihren Besitz zu veräußern. Ferner sei für den Rücktransport in technischer und gesundheitlicher Hinsicht keine hinreichende Fürsorge getroffen worden. Zugleich werden in

dieser Note Repressalien gegen Reichsdeutsche in Polen angekündigt.

Zu der deutschen Antwortnote vom 31. 12. 1923 ist demgegenüber darauf hingewiesen worden, daß die betreffende mecklenburgische Verordnung bereits vor Wochen erheblich abgemildert worden ist, was der polnischen Gesandtschaft auch mitgeteilt worden war, so daß wenigstens neun Zehntel der polnischen Wanderarbeiter in Mecklenburg verblieben sind. Auch von den Abgereisten deren Zahl die polnische Gesandtschaft auf 1500 beziffert, dürfte die Mehrzahl freiwillig nach Polen zurückgewandert sein. Allen Abgewanderten stehe ferner die Rückkehr nach dem 15. Februar 1924 frei. In Fällen, wo wirtschaftliche Schäden durch Verschleuderung von Besitz eingetreten seien, wird die Bereitschaft, Schadenersatz zu leisten, zum Ausdruck gebracht, unter der Voraussetzung, daß Repressalien von polnischer Seite unterbleiben.

Der Thüringer Skandal.

Dem verhafteten thüringischen Innenminister Herrmann, einer Hauptstütze der sozialdemokratisch-kommunistischen thüringischen Regierung, werden über 40 Einzelsfälle von schwerer Urkundenfälschung, Dokumentenvernichtung und noch schwerere Verbrechen gemelter Art zur Last gelegt. Der Oberstaatsanwalt in Weimar sind die ersten Anzeigen über die Verbrechen des Ministers aus dem Ministerium selbst zugegangen, wo man die Straftaten Herrmanns vor etwa 12 Wochen aus gefälschten Strafregisterauszügen feststellte.

Serr Minister Herrmann und der gleichfalls verhaftete Regierungsassessor Runge, die aus reichstem Herkommen stammen, verfügten seit Monaten über große Geldmittel, und in Weimar kursierten bisher unwiderprochene Gerüchte über ähnliche Vergehen, wie sie dem sozialdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zur Last gelegt werden.

Herrmann hat eine Kaution von 1800 Millionen Mark für seine Haftentlassung geboten, die aber abgelehnt worden ist. Durch die Urkundenfälschungen Herrmanns und Runzes wurden schwer verurteilte Personen, die aber der sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei angehören mußten, in verantwortliche polizeiliche Stellung gehoben.

Die thüringischen Minister nach Berlin berufen.

Die thüringischen Minister werden am Sonnabend in Berlin erwartet, um den Fall Herrmann und die anderen von dem entsandten Reichskommissar erhobenen Beschwerden wegen Vorkommnissen innerhalb der thüringischen Regierung mit dem Kabinett zu besprechen.

Eröffnung der griechischen Nationalversammlung.

Die griechische Nationalversammlung wurde am 2. Januar in Athen mit einer Rede des Obersten Vlastiras eröffnet, in der er das von der Revolution verbrachte Werk erörterte. Er ermahnte zunächst an die Rädler des Königs konstantin nach Griechenland, die er als ein Verbrechen bezeichnete, da der König offiziell davon verständigt gewesen sei, doch seine Rückkehr auf den Thron von Athen des Vaterlandes nach sich ziehen würde. Der Redner erklärte dann, der König habe sich zum absoluten Fortschritt aufgeworfen; die Proteste des Volkes seien durch Unterdrückung und Morde erstickt worden. Nach dem Verlaufe Symonas hätten die Klotte und die Armee die Bestrafung der Schuldigen und den Wiederaufbau übernommen. So sei die Revolution zum Ausbruch gekommen.

Zur Frage der Staatsform erklärte Vlastiras: „Die Revolution verurteilt eine Eignung. Wir stellen das aus verschiedenen Gründen für unsere Pflicht, vor allem deswegen, weil der Wille des Volkes noch nicht bekannt war und weil wir niemals vergaßen, daß eine Gewaltherrschaft nie von Dauer ist. Erst nach dem Wahlsiege war die Revolution der Ansicht, daß sie dem Könige eine zeitweilige Entfremdung empfehlen sollte, damit die Nationalversammlung und das hellenische Volk sich frei über die Staatsform äußern konnten. Die Epoche der Revolution ist offiziell mit dem heutigen Tage beendet.“

Unmittelbar nach Verlesung der Rede teilte die Regierung ihren Entschluß mit, zu demissionieren und die Wahl an die Nationalversammlung zu übertragen. Nachdem Oberst Vlastiras und Gonatas das Parlamentsgebäude verlassen hatten, artete die Versammlung in einen Tumult aus, da die Demokraten und die Liberalen die Fortsetzung forderten, während die Republikaner auf der Fortsetzung der Sitzung bestanden. Der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde. Nach Wiedereröffnung schlugen die Republikaner vor, daß die Mandate der gewählten Abgeordneten provisorisch als rechtsgültig erkannt würden bis zur endgültigen Anerkennung durch eine besonderes Gesetz, damit die Nationalversammlung ihrer Arbeiten unverzüglich aufnehmen kann.

Kleine politische Meldungen

Strefemann und Kastner in Lugano? Das „Echo de Paris“ meldet, daß der französische Finanzminister de Strefemann eine kurze Auslandsreise angetreten habe. Da der Be-